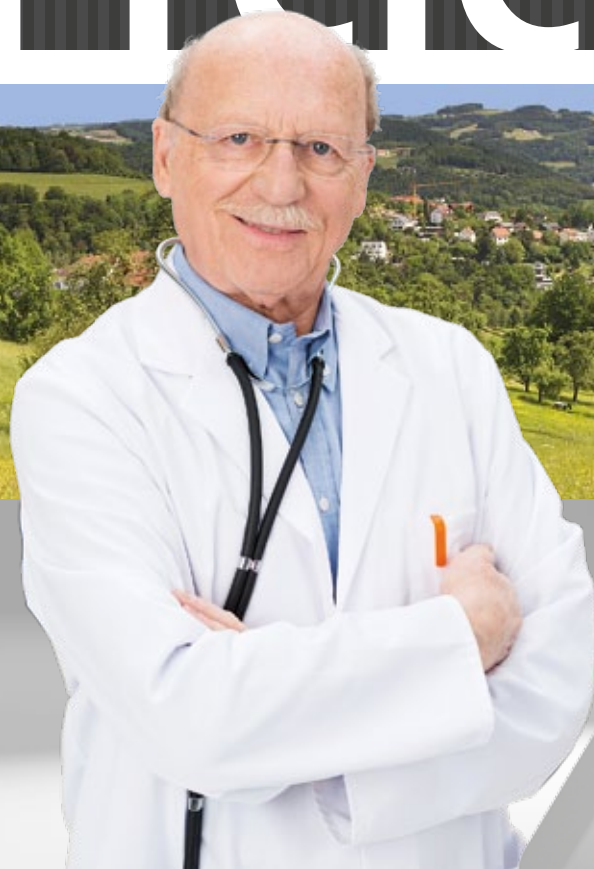


Freie Berufe



Gesucht! Nachfolger in den Freien Berufen

Aussagen und Statistiken gibt es zum Ärztemangel viele: So belegen die Ergebnisse der Ärztestatistik zum 31. Dezember 2012, dass es in vielen Regionen an niedergelassenen Haus- und Fachärzten fehlt. Aber auch in den Krankenhäusern sind bundesweit mehr als 6.000 Arztstellen unbesetzt.

Die Gründe hierfür sind vielfältig: mehr Leistungen und ein Anstieg der Behandlungszahl bedingt durch den medizinischen Fortschritt, demografischer Wandel mit der Folge einer erhöhten Behandlungsintensität, Anstieg des Durchschnittsalters der Ärztinnen und Ärzte in Praxis und Klinik sowie erhöhter Stellenwert des Familienlebens verbunden mit Teilzeitarbeit. Das

Deutsche Krankenhausinstitut prognostizierte schon 2010 im Forschungsgutachten „Ärztemangel im Krankenhaus“, dass der Ersatzbedarf bis 2019 bei 108.000 Ärzten liegen wird. Der Mehrbedarf an Ärzten wird bis 2019 bei 31.000 Ärzten liegen. Dieser Gesamtbedarf von 139.000 Ärzten könnte aus den Neuzugängen aus dem Medizinstudium bzw. Absolventen befriedigt werden; jedoch bei einer Schwundquote bei Medizinstudenten „von 30 Prozent würden bis zum Jahr 2019 somit etwa 37.400 Ärzte fehlen“. Wichtiger Grund für den Ersatz- und Mehrbedarf ist die Bürokratie: So verbringen niedergelassene Ärzte durchschnittlich 26 Prozent ihrer Arbeitszeit nicht direkt mit der Arbeit an ihren Patienten. Bei den Klinikärzten sind es 54 Prozent. (Kassenärztliche Bundesvereinigung/Marburger Bund)

Gefährdung der medizinischen Versorgung im Herzen Europas



Dr. Stefan Schröter, Vorsitzender des Hartmannbunds Nordrhein

Für den Vorsitzenden des Hartmannbunds Nordrhein, Dr. Stefan Schröter, „[...] handelt es sich beim Ärztemangel weder um ein hohles Schlagwort noch um Panikmache, sondern um eine jetzt schon zu verzeichnende Realität, die sich allerdings innerhalb der nächsten zehn Jahre erheblich verschärfen wird – bis hin zur tatsächlichen Gefährdung einer einem hochentwickelten Industriestaat im Herzen

Editorial



Liebe Kolleginnen und Kollegen,
sehr geehrte Damen und Herren,

Nachfolge in den Freien Berufen ist ein wichtiges Thema, um auch zukünftig sicherzustellen, dass die klaren gesellschaftlichen Aufträge der Freien Berufe erfüllt werden. Denn sowohl die Sicherung der flächendeckenden gesundheitlichen Versorgung und des Eigentums als auch die Sicherheit von Gebäuden, der Wahrung des Rechtsfriedens und ein geordnetes finanzielles Miteinander sind Schmierstoffe unserer modernen Dienstleistungs- und Industriegesellschaft. Ohne die Vielzahl von freiberuflichen Dienstleistungen wäre die Erfüllung menschlicher Bedürfnisse und die Fortentwicklung gesellschaftlichen Lebens nicht denkbar.

Gerade vor dem Hintergrund der Europawahl am 25. Mai 2014 bekommen die klaren gesellschaftlichen Aufträge der Freien Berufe eine besondere Bedeutung. Denn Europa setzt in zunehmenden Maße für die Freien Berufe die Rahmenbedingungen, die unser alltägliches Leben entscheidend prägen. Klar ist dabei, Europa ist unabdingbar und nicht substituierbar. Aber eine Überdosis Europa ist kontraproduktiv. Denn bei einer weiteren Missachtung des Subsidiaritätsprinzips wird die Europaverdrössenheit weiter zunehmen. Das ist nicht sachgerecht. Daher werden wir die zur Europawahl antretenden Parteien mit dieser Auffassung konfrontieren und um Stellungnahme bitten.

Herzlichst bin ich

Ihr

Hanspeter Klein

Vorsitzender des VFB NW

Europas angemessenen medizinischen Versorgung der Bevölkerung!"

Denn „in NRW geht man von mindestens 1.500 freien Stellen im Krankenhausbereich aus. Auch hier stellt sich das Problem in kleineren Krankenhäusern im ländlichen Raum noch deutlich gravierender dar als etwa in den Großstädten und in Krankenhäusern der Maximalversorgung wie etwa in den Universitätskliniken. Jeder muss wissen: Aus einer unbesetzten Assistenzarztstelle kann natürlich nie und nimmer ein Facharzt hervorgehen, der sich später eben auch niederlassen könnte. Die Fortschreibung des Problems ist also schon präformiert.“

Das gesamte Interview mit dem Vorsitzenden des Hartmannsbunds Nordrhein, Dr. Stefan Schröter, finden Sie auf unserer Homepage unter www.vfb-nw.de.

In der Medizin will Bundesgesundheitsminister Hermann Gröhe Studenten den Zugang zum Studium erleichtern, wenn sie sich verpflichten, eine Praxis in einer ländlichen Region zu übernehmen. Für Dr. Schröter ist das keine gute Idee: Der junge Abiturient und potentielle Medizinstudent „soll noch vor dem Beginn seines Studiums eine Zusage machen, von der erwartet wird, dass er sie ca. sechs Jahre [...] einhält. [...] Seine persönlichen medizinisch-fachlichen Neigungen und Interessen wird er im Laufe seines langen Studiums erst noch entwickeln“.

Besonderes Vertrauensverhältnis dem Nachfolger übergeben



Volker Kaiser, Präsident
der Steuerberaterkammer
Westfalen-Lippe

Für den Präsidenten der Steuerberaterkammer Westfalen-Lippe, Volker Kaiser, wird das Thema „Nachfolgeregelung“ in den nächsten Jahren an Bedeutung zunehmen. Denn schon jetzt arbeiten viele Steuerberater weit über das Rentenalter hinaus. „Zum einen befassen sich viele Steuerberater zu spät mit dem Thema ‚Nachfolge‘,

zum anderen fehlt es ganz einfach an Nachwuchs. Die Arbeit eines Steuerberaters setzt eine enge Beziehung zu den Mandanten voraus. So ein Vertrauensverhältnis lässt sich nur bei einer längerfristig angelegten Übergabe übertragen“, erklärt Kaiser. Die Entwicklung zeige, dass der größte Teil der Hochschulabsolventen ein Angestelltenverhältnis vor allem in größeren Städten bevorzuge. Einerseits sei es also ein Personalproblem, andererseits scheuten viele auch die hohe Arbeitsbelastung. „In ländlichen Kanzleien ist die Struktur sehr auf den Inhaber fokussiert, während sich die Arbeitsbelastung in den Städten auf mehrere Mitarbeiter verteilt“, so Kaiser.



Dr.-Ing. Heinrich Bökamp,
Präsident der IK-Bau
NRW

Die Ingenieurkammer-Bau Nordrhein-Westfalen (IK-Bau NRW) lädt ihre Mitglieder regelmäßig zu Impulsveranstaltungen „Nachfolge im Ingenieurbüro“ ein, in denen über die wichtigsten Aspekte bei der Büroübergabe informiert wird. Dass das notwendig ist, zeigt ein Blick in die Statistik: So gab es 2011 in Deutschland 68.671 Ingenieurbüros. Wird von einer durchschnittlichen Inhaberschaft von 30 Jahren ausgegangen, steht eine jährliche Übergabe von 2.289 Ingenieurbüros an. Eine gewaltige Zahl, der die IK-Bau NRW mit neuen Projekten begegnen möchte.

Potenziale aktivieren in Schulen und Büros: Frauen als Führungskräfte

So ist die Kammer unter dem Leitmotiv „Potenziale aktivieren“ eine Kooperation mit dem Bundesprojekt „Auf Frauen bauen“ eingegangen. Der Präsident der IK-Bau NRW, Dr.-Ing. Heinrich Bökamp, begründete die Initiative: „Sowohl von den Büros als auch von den Frauen selbst ist das Thema ‚Frauen als Führungskräfte‘ zu wenig beachtet worden. Einerseits wurden sie ein-

fach nicht gefragt, andererseits haben wir auch eine Hemmschwelle bei den Frauen festgestellt. Viele trauen sich nicht zu, ein Ingenieurbüro zu leiten. Wichtig ist also, dass die Büros Frauen motivieren und ihnen Qualifikations- und Entwicklungsmöglichkeiten bieten."

Sicherung der Daseinsvorsorge in ländlichen Regionen als besondere Aufgabe

„Ob später die jungen Ingenieurinnen und Ingenieure im ländlichen Umfeld arbeiten möchten, hängt sicher von persönlichen Neigungen und der Attraktivität der Büros und der Bauprojekte ab“, sagt Dr.-Ing. Bökamp weiter. Es stellt sich schnell die Frage, ob die Tätigkeit auf dem Land weniger anspruchsvoll und damit weniger erstrebenswert ist. Im Gegenteil, meint der Vorsitzende des Hartmannbunds Nordrhein, Dr. Schröter: „Es handelt sich vielmehr um eine der anspruchsvollsten ärztlichen Tätigkeitsfelder überhaupt, die darüber hinaus eine besondere menschliche und charakterliche Reife verlangt, [...]“

Ebenso sieht Steuerberater Volker Kaiser durchaus Vorteile in einer Kanzlei auf dem Land: „In der Regel geht es um Durchschnittsmandate, sogenannte BMW, das heißt Bäcker-Metzger-Wirte. Die sind krisenunabhängig.“



Dr. Ulrich Wessels, Präsident der Rechtsanwaltskammer Hamm

Der Präsident der Rechtsanwaltskammer Hamm, Dr. Ulrich Wessels, betont, dass sich gerade auf dem Lande Karrierechancen bieten: „Richtig ist, dass das Leben und Arbeiten in einem städtischen Umfeld von vielen attraktiv empfunden wird und die Zahl potenzieller Mandanten besonders hoch ist. Andererseits ist dort auch der Konkurrenzdruck sehr groß, so dass sich gerade auf dem Lande Karrierechancen bieten.“

Für die IK-Bau NRW ist die Erhaltung des Versorgungsnetzes, gerade der hochspezialisierten Büros, wichtig, meint Dr. Heinrich Bökamp. „Die Vielfalt der Ingenieurkompetenz in den Kommunen darf nicht fehlen. Die Nähe zum planenden Ingenieur ist aber sowohl in der Beratung der Bauherren als auch in der Überwachung der Baustelle von hoher Bedeutung. Fallen gerade die spezialisierten Büros weg, ist die Tiefe der Ingenieurkompetenz zum Nachteil der Wirtschaft und Kommunen in ländlichen Regionen gegebenenfalls nicht mehr gegeben.“

60-jährige Mitgliedschaft des VFB NRW im Bund der Steuerzahler NRW

Hans-Ulrich Liebern (links) und André Busshuven (rechts)



Auf einer Vortragsveranstaltung des Bundes der Steuerzahler Nordrhein-Westfalen e. V. (BdSt NRW) ist der Verband Freier Berufe NRW für seine 60-jährige Mitgliedschaft ausgezeichnet worden. Den Dank für die langjährige Unterstützung der Ziele und Aufgaben des BdSt NRW nahm der Geschäftsführer des Verbandes Freier Berufe NRW, André Busshuven, entgegen. Überreicht wurden als Zeichen des Dankes und der Anerkennung für die lange Zugehörigkeit eine Urkunde und Ehrennadel durch den langjährigen Leiter der Steuerabteilung des BdSt NRW, Hans-Ulrich Liebern.

Dr. Horst Vinken ist neuer BFB-Präsident



Auf der außerordentlichen Mitgliederversammlung des Bundesverbandes der Freien Berufe in Berlin am 10. Dezember 2013 ist Dr. Horst Vinken zum neuen Präsidenten gewählt worden. Mit überwältigender Mehrheit wurde der Steuerberater und Wirtschaftsprüfer aus Duisburg als Nachfolger von Dr. Rolf Koschorrek gewählt. Dr. Horst Vinken steht für eine Neuausrichtung und Umstrukturierung des BFB.

Mittelstandsbeirat NRW Berufszugangsregelungen für Freie Berufe schützen

Der Mittelstandsbeirat Nordrhein-Westfalen will die Bemühungen der Landesregierung energisch unterstützen, die Berufszugangsregelungen für die Freien Berufe zu schützen. Das ist ein Ergebnis der Beratungen der Mitglieder des Mittelstandsbeirats der Landesregierung am 10. Februar 2014.

Hintergrund sind die aktuellen Bestrebungen der EU-Kommission, die Regeln zum Berufszugang europaweit zu erfassen, zu bewerten und eventuell anzugleichen. Die Landesregierung hatte hierzu bereits vorsorglich eine kritische Stellungnahme auf den Weg gebracht, die vom Bundesrat angenommen wurde. Wirtschaftsminister Garrelt Duin erklärte vor den Vertretern der mittelständischen Wirtschaft: „Der Meisterbrief im Handwerk, aber auch unsere Regelungen für Zugang und Ausübung Freier Berufe wie Architekten, Ingenieure, Rechtsanwälte, Ärzte, Apotheker und vielen andere mehr sind für die Landesregierung unverzichtbar. Sie sind Bestandteil einer bewährten und nach wie vor zeitgemäßen Tradition, die wesentlich zum Erfolg unserer mittelständischen Wirtschaft beiträgt.“

Fünf Fragen an Rechtsanwalt Heinz Wirz, Vorsitzender des Bundes der Steuerzahler NRW



Verband Freier Berufe NRW (VFB NW):

Der Bund der Steuerzahler Nordrhein-Westfalen (BdSt NRW) ist die Interessenvertretung für alle Steuerzahler in NRW. Was fordern Sie von der Politik und wofür setzen Sie sich ein?

Rechtsanwalt Heinz Wirz: Der Bund der Steuerzahler setzt sich für eine geringere Steuerbelastung ein, denn die Abgabepflicht ist in Deutschland sehr hoch. Wir fordern einfache Steuergesetze, damit das Steuersystem gerechter wird. Erforderlich ist auch weniger Bürokratie, weil Steuerzahler und Unternehmen durch den aufgeblähten Verwaltungsapparat belastet werden und Wirtschaftswachstum gebremst wird. Unerlässlich ist ferner die sparsame Verwendung der Steuergelder, denn es ist das hart erarbeitete Geld der Steuerzahler. Und nicht zuletzt fordert der Bund der Steuerzahler den Abbau der Staatsverschuldung, damit zukünftige Generationen nicht über Gebühr belastet werden. Alles in allem besteht die Aufgabe des Bundes der Steuerzahler darin, sich für die Rechte der Steuerzahler einzusetzen.

VFB NW: *Der VFB NW ist seit 60 Jahren Mitglied im BdSt. Wie engagieren Sie sich für die Interessen der Freien Berufe in NRW?*

Wirz: Die Freien Berufe leisten einen unverzichtbaren Beitrag zur Entwicklung und Sicherung unseres Landes. Die Gesellschaft profitiert in vielfacher Weise von den ge-

meinwohlorientierten Funktionen der Freien Berufe, deren Angehörige oftmals Dienstleister im öffentlichen Interesse sind. Nicht zuletzt deshalb hat sich der Bund der Steuerzahler stets nachdrücklich gegen die wiederholt vorgetragene Forderung nach Einbeziehung der Freien Berufe in die Gewerbesteuer gewandt. Es löst nicht die Probleme der Gemeindefinanzierung, wenn weitere Personengruppen und Unternehmen in eine Steuer einbezogen werden, die gravierende Mängel und Nachteile hat.

VFB NW: *Im Gegensatz zum Staat gehören die privaten Sparer nicht zu den Gewinnern der aktuellen Niedrigzinspolitik. Gerade Freiberufler sind von dieser Entwicklung betroffen, da sie für ihr Alter private Vorsorge treffen müssen. Die Zinsen können daher im Regelfall nicht einmal mehr die Geldentwertung ausgleichen. Was schlagen Sie vor, um die kalte Enteignung der Sparer zu verhindern?*

Wirz: Der Bund der Steuerzahler schlägt im Wesentlichen vier Maßnahmen vor, um die „kalte Enteignung“ der Sparer zu verhindern: Die Werbungskosten bei Kapitaleinkünften sollten wieder in tatsächlicher Höhe geltend gemacht werden können. Der Sparerfreibetrag ist zum Ausgleich der Geldentwertung auf mindestens 900 Euro anzuheben. Der Werbungskostenpauschbetrag sollte entsprechend der Geldentwertung auf 150 Euro erhöht werden. Schließlich sind der Sparerfreibetrag und der Werbungskostenpauschbetrag grundsätzlich „auf Räder“ zu stellen und in einem Zweijahresrhythmus an die Geldentwertung anzupassen.

VFB NW: *Lange Zeit lag die Grunderwerbssteuer bei 3,5 Prozent. Seit Oktober 2011 liegt sie bei 5 Prozent. Was halten Sie von den Überlegungen, die Grunderwerbssteuer in NRW erneut zu erhöhen?*

Wirz: Der Bund der Steuerzahler lehnt eine Erhöhung der Grunderwerbssteuer strikt ab. Angesichts der stark steigenden Steuereinnahmen leisten die Steuerzahler schon heute einen Beitrag zur Konsolidierung des Landeshaushalts. Allein im letzten Jahr sind die Einnahmen um knapp 10 Pro-

zentpunkte angestiegen, deshalb bedarf es keiner weiteren Steuererhöhung, sondern verstärkter Sparmaßnahmen.

VFB NW: *In der politischen Diskussion wird immer wieder über „Steuererhöhungen“ diskutiert? Wie stehen Sie zu diesem Thema? Was bedeutet das für die kleineren und mittleren Unternehmen?*

Wirz: Forderungen nach höheren Steuern oder gar Einführung neuer Steuern sind eine klare Absage zu erteilen. Steuererhöhungen sind „Gift“ vor allem für kleinere und mittlere Unternehmen. Allen Vorschlägen ist gemeinsam, dass sie die Konjunktur dämpfen, Arbeitsplätze gefährden und nicht zuletzt die dringend notwendige Konsolidierung der öffentlichen Haushalte geradezu verhindern. Untersuchungen haben gezeigt, dass Steuererhöhungen die Politik dazu verleiten, mehr Geld auszugeben als zu sparen. Höhere Steuereinnahmen verschärfen die Verschuldensproblematik, so paradox das klingen mag. Statt von Steuererhöhungen zu sprechen, sollte vielmehr die „kalte Progression“ abgebaut werden, das heißt, der Steuertarif muss regelmäßig an die Inflations- und Gehalts-/Gewinnentwicklung angepasst werden. Die heimlichen Steuererhöhungen belasten gerade kleinere und mittlere Unternehmen und gehören deshalb abgeschafft.

Impressum



Verband Freier Berufe

im Lande Nordrhein-Westfalen e.V.

Herausgeber: Verband Freier Berufe
im Lande Nordrhein-Westfalen e.V.
Dipl.-Ing. Hanspeter Klein (V. i. S. d. P.)
Tersteegenstr. 9, 40474 Düsseldorf
Tel.: 0211 4361799-0
Fax: 0211 4361799-19
info@vfb-nw.de, www.vfb-nw.de

Redaktion: André Busshoven, Gitta Kleinberger
Konzept und Gestaltung: InDeMa, Essen
Druck: Koch Druckerei & Verlags GmbH, Neuss
Bildnachweis: Hartmannbund Nordrhein,
Steuerberaterkammer Westfalen-Lippe,
IK-Bau NRW, Rechtsanwaltskammer Hamm,
Bund der Steuerzahler NRW,
Bundessteuerberaterkammer, VFB NW